

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten drei ins Haus halbmöndlich 100.- Mark, Einzelverkaufspreis 10.- Mark. Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achte gebaltene Petitzeile oder deren Raum 32.- Mark, auswärtige 36.- Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30.- Mark, für Reklamen 100.- Mark. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk,

Nummer 273.

Dienstag, 21. November 1922.

29. Jahrgang.

Von Wirth bis Cuno.

Die gestickte Regierungskrise.

Dr. L. Lübeck, 21. November

Vor Wochen schon wiesen wir an dieser Stelle darauf hin, daß durch die Reichsregierung eine fortwährende Krise schleiche. Seit dem Zustandekommen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft!

Zentrum und Demokraten hatten als Gegengewicht gegen die durch die Einigung mächtig gestärkte Sozialdemokratie ein stilles Bündnis mit der Volkspartei abgeschlossen, mit dem Namen Arbeitsgemeinschaft der Mitte.

Die Voraussetzungen dieser Arbeitsgemeinschaft und ihre geheimen Bindungen sind unbekannt geblieben. Sie wirkten sich aber bei jeder interfraktionellen Besprechung aus; Zentrum und Demokraten kamen immer mit genau festgelegtem Programm.

Immer wieder wies die Sozialdemokratie auf das Unmöglichkeit eines solchen Zustandes hin; und sie verlangte schließlich eine Entscheidung. Denn die Verhältnisse waren nachgerade unmöglich geworden, von Tag zu Tag wurde die Reichsregierung steifer und entschlußloser.

Zu einer Entscheidung gedrängt, bekannte das Zentrum endlich Farbe und verlangte die „große Koalition“. Die erste Frucht der Arbeitsgemeinschaft war der Volkspartei wie ein überreifer Apfel in den Schoß gefallen.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die große Koalition ab. Um aber im Augenblick weiträger außenpolitischer Entscheidungen eine Regierungskrise zu vermeiden, machte sie weitgehende Konzessionen. Sie erklärte sich bereit, die eine oder andere Persönlichkeit aus den Kreisen der Großindustrie im Kabinett zu dulden, jedoch sollte die Volkspartei unter keinen Umständen ausgesprochene Koalitionspartei werden. Mit dieser Lösung war die Volkspartei einverstanden und alles schien sich ordnungsgemäß zu entwickeln.

Da trat Wirth auf. So oder so! Entweder die „große Koalition“ kommt, oder Wirth geht. Die Gründe, die den Kanzler und Zentrumsmann Wirth zu diesem Schritt führten, sind unaufgeklärt geblieben. Man hat viel hin und her geraten, ihn mit halb unbewußten Vorurteilen in der problematischen Natur dieser merkwürdigen Persönlichkeit erklären wollen. Das Wahrscheinlichste ist, daß Wirth einige Stunden in der Verblendung lebte, er könnte mit der Drohung seines Rücktritts von der Sozialdemokratie alles erzwingen. Nervös setzte er alles auf eine Karte — wie der Spieler, den die ruhige Ueberlegung geflohen hat.

Die Antwort der Sozialdemokratie konnte nicht zweifelhaft sein: Wir sind mit unsern Zugeständnissen bis an die Grenzen des für uns überhaupt Möglichen gegangen; auch Drehungen können unsere Haltung nicht beeinflussen.

Wirth hatte damit verspielt; es gab für ihn nur noch eine Möglichkeit; er trat zurück. Nicht die Sozialdemokratie hat Wirth gestürzt, sondern Wirth stürzte sich selbst. Als Opfer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft blieb er auf der Strecke. Aber nicht schuldlos! Vor Monaten schon hätte er die Arbeitsgemeinschaft in ihrer koalitionszerstörenden Wirkung erkennen und bekämpfen müssen. Zunächst im Zentrum und dann in der Regierung.

Wirths Rücktritt hätte aber nicht, sondern verwirrte noch mehr. Wer oder was sollte an seine Stelle treten? Die große Koalition war und blieb bei der schroffen Ablehnung der Sozialdemokraten unmöglich. Eine einfache Erneuerung der alten Koalition also? Dann wäre das Ganze ja nur Theater gewesen; und das Zentrum wollte sich doch nicht völlig lächerlich machen.

Der Reichspräsident suchte einen Ausweg in einem überparteilichen Kabinett. Auf den Direktor der Hapag, Cuno, fiel seine Wahl. Er sollte versuchen, den alten Gedanken der Sozialdemokratie zu verwirklichen. Fortsetzung der alten Koalition, ergänzt durch einige Männer, die auch das Vertrauen der Volkspartei besaßen, wie z. B. Cuno selbst.

Aber die Schwierigkeiten türmten sich immer mehr; das Zentrum forderte nach wie vor die offizielle Erweiterung der Koalition nach rechts. Die Sozialdemokratie lehnte sie nach wie vor ab. Das Zentrum brachte außerdem eine Reihe von Sonderforderungen vor, die Cuno nicht paßten. Er gab deswegen seinen Auftrag zurück.

Da wandte sich der Reichspräsident aufs neue an ihn, mit dem Ersuchen, ein Geschäftministerium zu bilden. Ohne die Mitwirkung der Parteien! Die Sozialdemokraten lehnten die Teilnahme an einem solchen Ministerium ohne weiteres wieder ab. Und nun ist die Lage so, daß Cuno versucht, ein solches Geschäftministerium „ohne Sozialdemokratie“ zusammenzuflicken. An anderer Stelle veröffentlichten wir die wahrscheinliche Ministerliste dieses Geschäftministeriums.

Wenn dieses Ministerium Cuno wirklich zustande kommt, so ist es nichts anderes als ein Uebergangministerium. Die Krise im Reichstag ist wieder einmal überkleistert, aber nicht überbrückt worden. Im stillen wird sie schleichend weiter wirken; bei jeder Gelegenheit wieder an die Oberfläche drängen.

Ein Geschäftministerium?

SPD. Berlin, 21. November.

Nachdem auch der zweite Versuch Cunos, eine Regierung nach eigenem Ermessen ohne offizielle vorherige Zustimmung der Parteien zu bilden, als gescheitert zu betrachten ist, zeigt sich Cuno bestrebt, ein Geschäftministerium zu bilden, das sich nicht ausschließlich aus Angehörigen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zusammensetzt, sich aber im wesentlichen auf die Arbeitsgemeinschaft stützen muß. Cuno will die Bildung eines derartigen Kabinetts bis Dienstag mittag zu Ende führen. Beabsichtigt ist, vorwiegend Nichtparlamentarier, Beamte, Diplomaten und Wirtschaftler zur Mitarbeit heranzuziehen. Durch eine geringere Beteiligung ausgesprochener Angehöriger der Arbeitsgemeinschaft glaubt Cuno, die Oppositionsstellung der Sozialdemokratie erschweren zu können. Ziemlich sicher ist damit zu rechnen, daß der Demokrat Schiffer, der nach der Feststellung des ober-schlesischen Wahlergebnisses aus dem Reichstag ausscheidet, Vizekanzler wird. Der vergangene hargrißige Handelsminister Hamm soll Staatssekretär der Reichskanzlei werden. Geplant ist ferner, die bisherigen Minister Hermes, Brauns und Gehler als Fachminister in die neue Regierung aufzunehmen. — Das Regierungsprogramm soll der Reichstag vermutlich am kommenden Donnerstag hören.

Wo soll Cuno seine Mehrheit holen? Die Sozialdemokratie wird einen Zustand, wie er zur Zeit von Fehrenbach-Simons bestand, nie mehr wohlwollend dulden. Und die Deutschnationalen werden für ihre Unterstützung allerlei Zugeständnisse erpressen, die auf die Dauer dem Zentrum und auch den Demokraten unerträglich werden.

Wenn dem Zentrum nicht noch ein gewaltiges Licht aufgeht, wenn es nicht gründlich seine Affenspiele zur Volkspartei abschwört, wird eine Reichstagsneuwahl doch unvermeidlich sein. Und dann?

*

Von der Parteien Gunst und Haß verzerrt, schwankt Wirths Charakterbild. Einst hat er das stolze Wort ausgesprochen: Wenn es doch zu einer Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Bürgertum kommt, wird man mich auf Seiten der Arbeiter finden. Das Wort wurde viel bejubelt und auch viel bejubelt. Damals war Wirth noch stark; Arbeit, Hege und Rathenau-Mord hatten seine Nerven noch nicht germüht. Noch strömte Volkskraft aus dem Willen des Freiburger Arbeiterjohnes. Unterdes ist er müde geworden, in der Berliner Luft. Aber er wird wiederkehren.

Wirth ist eine problematische Natur. Zwei Erleben haben ihn durchgerüttelt und gereift: Sozialismus und Katholizismus. Beide sind in seinem Innern verankert. Ihr Kampf aber hat ihn zu dem gemacht, was er ist, zudem selbstbewußten und willensstarken, und dann plötzlich rätselhaft strahlenden Josef Wirth. Seine Rolle ist noch lange nicht ausgespielt.

*

Cuno ist noch reichlich unbeschrieben. Auch er ist Katholik; aber von anderer Art. Nicht der Katholizismus des Bauernvolkes Süddeutschlands, sondern der glänzenden Bürgertradition des Rheinlands hat ihn erzogen. Gesellschaftliche Gewandtheit und kluges Erfassen der Situation haben ihn hochgetragen. Wie er sich zwischen den tausend Klippen und Wirrnissen des deutschen Schicksalsmeeres zu rechtfinden wird, das mag die Zukunft lehren.

Gegen die große Koalition.

SPD. Berlin, den 21. November.

Die Frage, ob große Koalition oder nicht, d. h. Regierungsbildung von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei, ist am Montag nachmittag durch unsere Reichstagsfraktion, soweit die Lösung der gegenwärtigen Krise in Frage kommt, entschieden worden. Die bürgerlichen Parteien, die sich das Recht vorbehielten, auf ihre eigenen Grundsätze zu verharren und ihre Auffassung aufrecht zu erhalten, glaubten von uns den Verzicht auf Prinzipien verlangen zu können, trotzdem die Führer der Reichstagsfraktion nie einen Zweifel darüber gelassen haben, daß die Sozialdemokratie im gegenwärtigen Augenblick die große Koalition nicht einget. Wenn trotzdem immer wieder das Verlangen gestellt wurde, und wenn man es schließlich ultimativ stellte, dann in der Hoffnung, daß die Partei doch im entscheidenden Augenblick aus Liebe zum

Die wahrscheinliche Ministerliste.

Berlin, 21. November.

Die neue Ministerliste setzt sich angeblich wie folgt zusammen:

- Generaldirektor Cuno: Reichskanzler,
- Dr. Heineke: Vizekanzler und Justizminister,
- Stamer: Außenminister,
- Kardorff oder Scholz: Inneres,
- Dr. Hermes: Finanzen,
- Kabetschke: Ernährung,
- Kaumer oder Becker-Hessen: Wirtschaftsministerium mit dem das Schatzministerium zusammengelegt werden soll,
- Dr. Brauns, Arbeit,
- Gröner: Eisenbahn,
- Stiegel: Post,
- Dr. Gehler: Reichswehr,
- Dr. Hamm: Staatssekretär der Reichskanzlei,
- Dr. Brandt: Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums.

Mitregieren und in Erkenntnis der Not des Vaterlandes ihre Haltung ändert und das aufgibt, was sie bisher für gut und richtig gehalten hat. Schon einmal haben sich die bürgerlichen Parteien getäuscht, indem sie die Regierung, die eine große tragfähige Mehrheit im Reichstag besaß, stürzten, und man hätte eigentlich annehmen sollen, daß sie nach dieser Unvernunft logische Schlussfolgerungen ziehen würden. Das ist nicht geschehen. Das Verlangen nach der großen Koalition wurde fortgesetzt wiederholt, immer wieder unter Hinweis auf die Not des Vaterlandes, ohne sich selbst danach zu richten. Die zweite Antwort wurde den Herren von der Arbeitsgemeinschaft schnell zuteil. Die Reichstagsfraktion hat ihre Auffassung aufrechterhalten, sie lehnte es ab, ihre Politik von den bürgerlichen Parteien bestimmen zu lassen. Mit großer Mehrheit wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion billigt die Haltung ihrer Unterhändler!“

Damit hat sich die Reichstagsfraktion alle Erklärungen zu eigen gemacht, die unsere Parteiführer im Verlauf der Unterhandlungen mit den bürgerlichen Parteien während der letzten Tage abgegeben haben. Sie verweist also nicht nur allgemein einen Eintritt in die große Koalition, sondern auch die Beteiligung an einem Kabinett, heiße es nun Geschäftministerium, oder trage es einen anderen Namen, soweit die Volkspartei offiziell in ihm vertreten ist.

Auch dieser Beschluß wurde nach reiflicher Überlegung, nach Abwägung seiner Licht- und Schattenseiten gefaßt. Die Fraktion ist sich klar darüber, daß unsere Machtstellung durch einen eventuellen Austritt aus der Regierung nicht vergrößert wird, im Gegenteil Einbuße erleidet. Aber trotzdem bleibt sie der Auffassung, daß es im gegenwärtigen Augenblick unmöglich ist, mit der Volkspartei ein Programm durchzuführen, dessen Hauptpunkt eine Stabilisierung der Mark fordert. Bis heute ist die Deutsche Volkspartei nicht offiziell von Herrn Stinnes abgerückt, der nach eigenen Äußerungen mit der Stabilisierung gar keine Eile hat, den die Not des Volkes gar nicht drückt. Bis heute hat ferner die Volkspartei die schwerindustriellen Kreise nicht fallen lassen, die mit Herrn Stinnes einer Meinung sind. Man hat also jedes Recht zu der Annahme, daß selbst wenn die Volkspartei als Fraktion einem Regierungsprogramm zustimmt, das die Stabilisierung der Mark als wichtigste Aufgabe enthält, dennoch ihre interessierten Mitglieder in der Praxis alle Hebel in Bewegung setzen, die schließlich alle Stabilisierungsmaßnahmen verhindern. Was hilft es, in eine Regierung einzutreten, die nicht im geringsten ein gutes Zusammenarbeiten gewährleistet, die im Gegenteil schon in aller Kürze infolge der verschiedenartigen Auffassungen der einzelnen Minister zusammenbricht? Am wenigsten aber kann uns von dieser Ueberzeugung eine Diktatur der bürgerlichen Parteien, wie sie in der gegenwärtigen Situation geübt wurde, abbringen. Noch bestimmt die Sozialdemokratie Gott sei Dank selbst die Richtlinien ihrer Politik, noch ist sie nicht Untertan des Zentrums und der Demokraten.

In mancher schweren Stunde, die unser Volk bisher durchleben mußte, war die Partei zu großen Opfern bereit, und sie ist weiterhin bereit, auch in Zukunft für das Volk Opfer zu bringen. Aber sie hat es nicht notwendig, sich zu diesen Opfern von bürgerlichen Parteien zwingen zu lassen, denen bisher das Parteigeschäft über die Not des Vaterlandes stand.

Reichstag.

271. Sitzung.

Montag, 20. November 1922, nachm. 5 Uhr.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung mit der Bekanntgabe einer Beschwärdenliste des Abg. Gruber (Soz.). Bei der Hausführung in der Redaktion der „Münchener Post“ hat die Polizei den Schriftführer des Abgeordneten erschossen, worin eine Verletzung der Immunität des Abgeordneten von ihm erblickt wird. Die Beschwerde geht an den Geschäftsordnungsausschuss.

In der fortgesetzten Beratung der Geschäftsordnung beantragt Abg. Brod auf (Dem.), dem Ausschuss das Recht zu geben, die Verweisung von Gesetzesvorlagen an einen Ausschuss ohne erste Lesung beschließen zu können. Abg. Gezer (Soz.) widerspricht dem Antrag, der nach einer Debatte abgelehnt wird. Ein Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten, in § 41 die Zahl der zur Unterstützung an Entschlüsse notwendigen Zahl der Abgeordneten von 30 auf 15 herabzusetzen, wird im Himmelsprung mit 130 gegen 105 Stimmen angenommen. Diefelbe Änderung wird auch in anderen Paragraphen beschlossen. Die Demokraten wollen der Geschäftsordnung einen § 48 a einfügen. Der Ausschuss soll die Reihenfolge bestimmen, in der die einzelnen Teile des Haushaltsplans beraten werden sollen und für diese Beratungen einen Zeitraum festsetzen, nach dessen Ablauf sie ohne weitere Erörterung durch Abstimmung erledigt werden. Mit der Haushaltsplan bis zum 15. März nicht vollständig abgehandelt, so werden die noch nicht erledigten Teile in derselben Weise erledigt. Der Antrag wird abgelehnt.

Bei der Abstimmung über § 55 erhebt sich im Himmelsprung die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident Lobe beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag nachmittags 5 Uhr an. Auf der Tagesordnung steht: Die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung und die Fortsetzung der Aussprache über die Geschäftsordnung.

Schluß 7 Uhr.

Die ober-schlesischen Wahlen.

SPD. Berlin, 20. November.

Die ober-schlesischen Wahlen zum Reichstag und zum Landtag wiesen eine nur sehr geringe Wahlbeteiligung auf. Das ist in einem Lande, das, wie Ober-schlesien, einen jahrelangen zerkleinernden Kampf um die itaalkische Zugehörigkeit, eine Periode dauernder und schmerzlicher Beunruhigung hinter sich hat, zu verstehen. Und doch wäre noch eine letzte Anstrengung nötig gewesen, um die politischen Verhältnisse im deutsch-gebliebenen Teil Ober-schlesiens zu klären. Denn das Wahlergebnis, wie es heute vorliegt, gibt kein objektives Bild von den tatsächlichen Verhältnissen. Nach den bisherigen Meldungen erhält bei etwa 500 000 abgegebenen Stimmen das Zentrum (Pfarrer Mißke) drei Sitze, 198 246 Stimmen, Vereinigte Sozialdemokratie (Kosasi) einen Sitz, 73 266 Stimmen, Deutschnationale (Pfarrer Wolff) einen Sitz, 69 398 Stimmen, Polen (Pfarrer Wojda) 0 Sitze, 59 523 Stimmen, Deutsche Volkspartei (Admiral Scheer) 0 Sitze, 37 259 Stimmen, Kommunisten (Maslowski) 0 Sitze, 36 624 Stimmen, deutsche Sozialisten (Kunze) 0 Sitze, 22 291 Stimmen; Demokraten (Schiffert) 0 Sitze, 11 912 Stimmen, Ober-schlesische Katholische Volkspartei (Stowronski) 0 Sitze, 23 Stimmen. Bei den Landtagswahlen erhielten das Zentrum vier Sitze, Sozialdemokraten, Deutschnationale und Polen je einen Sitz.

Der Vorwurf des Zentrums läßt sich aus der vorwiegend katholischen Einstellung der Bevölkerung allein nicht erklären. Hier spielt sicherlich der Umstand eine Rolle, daß das Zentrum während der Volksabstimmung mit seiner Propaganda und seinen Mitteln zurückgeblieben, um bei den Parlamentswahlen um so stärker in den Vordergrund treten zu können, während die Sozialdemokratie in dem Kampf um das Deutschtum keine letzten Kräfte veranschlagt und infolgedessen mit kurzem Atem in den parlamentarischen Kampf eintrat. Auch die äußere Rechte hat mehr Stimmen auf sich gezogen, als es in normalen Zeiten möglich gewesen wäre. Ihnen haben die polnischen Reichsbildgewerkschaften, die Konfessions-Ligue mit ihren Anknüpfungsorganisationen, in den Sattel geholfen. Wie sich die Uebernationalisten aller Länder, so gewaltig sie einander auch in die Parade fahren mögen, überhaupt itzentlich in die Hände arbeiten. Das Anknüpfungsregiment eines Konstantin mußte notgedrungen einen deutschnationalen Anknüpfung ins Land rufen, sonst wäre es gar nicht erklärlich, daß Deutschnationale und Deutsch-Sozialisten zusammen mehr Stimmen auf sich vereinten, als die Sozialdemokraten. Es wäre unter normalen Verhältnissen aber auch nicht erklärlich, daß die Kommunisten der Stimmenzahl nach mit der Deutschen Volkspartei konkurrieren, während die Demokraten gänzlich unter den Tisch fielen. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, wie eng auch hier die innere Blutsgemeinschaft der Linken und der Reichsbildgewerkschaften ist. Das alles sind Krisenerscheinungen, die beachtet werden müssen. Unserer Genossen in Ober-schlesien hat eine harte Aufgabe. Aber auch dem Reich sollte die Sorge um Republik und Demokratie in den Grenzländern mehr am Herzen liegen.

Romödie in Lausanne.

In Lausanne, wo die Partei im Jahre 1912 den Vorsitz auf ihren europäischen Besitz unterzeichnen mußte, ist die Konferenz zwischen den Alliierten und der Ingotregierung eröffnet worden. Wie es heißt, will die Entente an der Errichtung einer neutralen Zone im Dardanellengebiet, an der freien Durchfahrt, an der Kapitalisation und an dem Schutz der christlichen Minderheiten festhalten. Sie wird weiter die Entlassung der Türken auf europäischem Gebiet, die Vereinfachung der türkischen Eisenbahnen, die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes im Gebiet von Mosul und eine Volksabstimmung in Ungarn fordern. Wenn das Mindestforderungen sind, werden die Beratungen in Lausanne kaum zu einem günstigen Resultat führen. Vorläufig verläßt der italienische Gesandtschaftsminister Malaspoli den Tag anzugeben, indem er sich weigert, zu der Lausanner Vorbesprechung zu erscheinen. Die Vertreter Englands und Frankreichs machen gute Miene zu diesem Verhalten und zeigen sich von diesem Vertreter Italiens nach

Terziet zum Mittagessen einladen, wo sie das besprachen, was eigentlich auf der Vorbesprechung in Lausanne besprochen werden sollte.

Eine internationale Bankierkonferenz.

Der amerikanische Bankier Morgan wird wahrscheinlich am Montag in Berlin eintreffen, nach ist nicht bestimmt, zu welchem Zweck diese Reise erfolgte, aber man wird sicher nicht fehlgehen in der Annahme, daß er nach Berlin kam, um auch mit deutschen maßgebenden Finanzfachverständigen über die Einberufung einer zweiten internationalen Bankierkonferenz zu beraten. Morgan kommt von Paris, wo er mit Poincaré, Barthou, Dubois und Bergmann über die europäische Finanzlage schon Verhandlungen geführt hat. Ende des Monats beabsichtigt er nach Amerika zurückzukehren, um dann von hier aus die letzten Vorbereitungen für eine zweite Finanzkonferenz zu erledigen.

Transkaukasische Sowjetrepublik.

Tiflis, 17. November.

Die Zentral-Exekutivkomitees der verbündeten transkaukasischen Republiken Georgia, Aserbaidschan und Armenien beschloffen am 10. Dezember einen gemeinsamen transkaukasischen Sowjetkongress nach Baku einzuberufen. Auf der Tagesordnung dieses Kongresses wird die Frage der Bildung eines einheitlichen transkaukasischen Sowjets mit gemeinsamen Exekutivkomitees der Volkskommissare und der Eintritt in den allrussischen Bundesstaat stehen.

Achtstundentag und Produktionssteigerung.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat zur Frage der Produktionsförderung und des Achtstundentages nach eingehender Beratung und in Uebereinstimmung mit dem A. O. B., der IFA und dem Deutschen Beamtenbund folgenden Beschluß gefaßt:

„Ohne eine aktive Währungspolitik, die der weiteren Geldentwertung und Teuerung Einhalt gebietet, ist der gegenwärtigen Notlage des deutschen Volkes nicht zu steuern. Die Stabilisierung der Mark ist die dringlichste und erste Aufgabe einer Politik, deren Ziel die Behebung dieser Notlage ist. Der Versuch, durch Verlängerung der Arbeitszeit unter Zurückstellung der Stabilisierung der Mark eine Produktionssteigerung herbeizuführen, muß abgelehnt werden. Jede Produktionssteigerung ist bei fortbestehender Währungszerrüttung gehemmt. Denn solange der Verdienst der Arbeiter durch den Währungsverfall von Woche zu Woche geschmälert wird, bleibt bei der Arbeiterklasse ein fortdauerndes Gefühl stärkster Beunruhigung, so daß sie nicht zu der sonst möglichen Steigerung der Intensität ihrer Arbeit gelangen kann.“

Unter grundsätzlicher Betonung dieses Standpunktes hält die S. S. P. D. nach wie vor an dem alten sozialistischen Grundsatz fest, daß die Arbeiterklasse alles Interesse an einer wirksamen rationalen Ausgestaltung und Vermehrung der Produktion hat.

Die bisher vorgenommenen Untersuchungen über die Steigerung der Arbeitsleistung haben erwiesen, daß trotz der Ungunst der Verhältnisse in einem Teil der Industrie die Arbeitsleistung der Vorkriegszeit wieder erreicht, in einem anderen Teil bereits erheblich überschritten ist. Sie haben aber auch weiter ergeben, daß in jenen Betrieben, in denen der frühere Wirkungsgrad noch nicht wieder erreicht ist, Mängel technischer Art die Hauptursache waren.

Während die deutschen Unternehmen in der Vorkriegszeit zur Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt genötigt waren, einen wesentlichen Teil der erzielten Produktionsgewinne zur freien technischen Vervollkommenung ihrer Produktionsmittel und organisatorischen Ausgestaltung ihrer Betriebe abzugeben, entzieht die fortgesetzte Geldentwertung durch Ausschaltung der Konkurrenz und durch monopolistische Preisgestaltung die Produzenten heute von dem Zwange, in gleichem Maße wie früher ihre Aufmerksamkeit und ihre Mittel dem technischen Ausbau der Betriebe zuzuwenden. Dazu kommt die erhebliche Verschlechterung des Verhältnisses der produktiven Leistungen der Volkswirtschaft, insbesondere durch übermäßige Ausdehnung des Zwischenhandels, der Spekulation und übermäßige Verwaltungsarbeiten und -kosten.

Mit aller Entschiedenheit lehnt die S. S. P. D. jede Verlängerung der geordneten achtstündigen Arbeitszeit ab. Gesetzliche Ausnahmen können nur in den Fällen höherer Gewalt zugelassen werden. Somit kann die Leistung von Ueberstunden nur von Fall zu Fall, zeitlich begrenzt und nur durch kollektive Vereinbarung mit den zuständigen Gewerkschaften erfolgen.

Da Produktionsprozess und Staatsverwaltung innere Zusammenhänge aufweisen, kann auch für die Steigerung der Arbeitsintensität in den Staatsbetrieben nur die grundsätzliche Anwendung vorstehender Richtlinien in Frage kommen.

Eine wirkliche Gebührendung der Wirtschaft erfordert die Anerkennung des Grundgesetzes, daß die Gesamtinteressen den Einzelinteressen voranzugehen haben und daß die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Partner der Wirtschaft anzuerkannt werden.“

Mit diesem Beschluß hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Stellung zum Achtstundentag nicht nur abgelehnt, sondern auch sehr glänzend formuliert.

Verband der Maschinisten und Heizer.

Ein Jubiläum!

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer feiert in diesen Tagen seinen 30. Gründungstag. Am 20. und 21. November 1892 waren in Berlin aus 14 Orten 17 Delegierte erschienen, die zur Gründung des Verbandes schritten. Infolge des Sozialistengesetzes, das damals gerade aufgehoben wurde, war die Zerplitterung in der Arbeiterbewegung ziemlich groß, jedoch eine ganze Reihe von kleinen Lokalorganisationen bestand, die der Zusammenfassung möglichst aller Berufsgenossen in einen Verband vielerlei Hindernisse in den Weg stellten. Aber bald waren auch diese Schwierigkeiten überwunden. Schon am 1. Oktober 1895 erschien das Publikationsorgan des Verbandes, das auch heute noch unter dem Titel „Deutscher Maschinist und Heizer“ erscheint. Mit Ablauf des 30. Jahres hat die Or-

ganisation 107 000 Berufskollegen in sich vereinigt. In einem eignen Verbandshause hat die Verwaltung ihren Sitz. Eine ganze Reihe Veteranen, die die Gründungsversammlung mitgemacht, sind heute noch in der Verwaltung tätig. Dem Jubilar gelten die Grüße und Wünsche der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Kündigung des Ueber-schichtenabkommens.

II. Berlin 21. November.

Heute, Dienstag, treten die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände zusammen. Angesichts verschiedener Vorgänge im wirtschaftlichen und politischen Leben, namentlich der letzten Tage, ist die Zustimmung unter den Bergarbeitern so gestiegen, daß mit der sofortigen Kündigung des Ueber-schichtenabkommens gerechnet werden muß.

Der umstrittene Bußtag.

Der Kampf um den Bußtag in Braunschweig hat außerordentlich scharfe Formen angenommen. Der Evangelische Landeselternbund verlangt, daß die Kinder der evangelischen Eltern am Bußtag vom Besuch der Schule befreit werden. Von amtlicher Seite wird hierüber mit den Strafbestimmungen des Gemeindefschulgesetzes und mit Disziplinarmaßnahmen gedroht. Der Landeselternbund hat sich telegraphisch an das Reichsministerium des Innern mit der Bitte um Schutz der ungestörten Religionsausübung gewandt.

Der Reichsminister des Innern hat auf dieses Telegramm bereits geantwortet und in dieser Antwort auf ein Schreiben verwiesen, in welchem er bereits vor kurzem die braunschweigische Regierung bat, im Streit um den Bußtag möglichst entgegenkommend zu sein. Die Anträge auf Befreiung vom Schulbesuch sollten wohlwollend behandelt werden, und ebenso sollte den Beamten, die darum nachsuchten, Gelegenheit zur Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse gegeben werden. Die Bitte des Reichsinnenministers stützt sich auf den Artikel 135 der Verfassung, wonach die ungestörte Religionsübung durch die Verfassung gewährleistet wird und unter staatlichem Schutz steht.

Das Hakenkreuz.

Das Tragen von Hakenkreuzen im Dienst ist den Beamten der Republik gestattet! Da mag unglaublich klingen, und doch ist es so, obwohl der bisherige Postminister Giesberts verschiedentlich erklärt hat, daß er das Tragen der Hakenkreuze den Postbeamten untersagt habe. In einem Spezialfall erteilt das Postamt in Halle einem Beschwerdebeführer folgenden Bescheid:

„Da eine Verordnung, die das Tragen des Hakenkreuzes verbietet, bisher nicht ergangen ist, hat das Postamt keine Handhabe, gegen den Beamten einzuschreiten.“

Unsere Nachfrage in verschiedenen Reichsministerien hat ergeben, daß der Bescheid die Wahrheit sagt. Tatsächlich ist den Beamten das Tragen der Hakenkreuze nicht verboten!

Die Dresdener Demonstrationen.

Ueber die Dresdener Demonstrationen meldet die schwerindustrielle LU., daß bei den Plünderungen über 100 Verhaftungen vorgenommen wurden, von denen drei Kriegsverletzte und 20 Erwerbslose waren. Die übrigen trugen zum Teil den letzten Wochenlohn in Höhe von 9—10 000 Mk. bei sich. Unter den Verhafteten befindet sich der wegen Beteiligung am Neurings-Morde angeklagte kommunistische Erwerbslosenführer Barbier Frenzel. In Dresden wurden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Zettel verteilt, in denen zu einer neuen Demonstration am Sonntag vormittag aufgefordert wird.

Kommunalwahlen in Hessen-Darmstadt.

II. Darmstadt, 20. November.

Bei den Stadtverordnetenwahlen, an der sich ungefähr 66 Proz. der Wahlberechtigten beteiligten, erhielten die Deutschnationalen 2710 Stimmen mit 5 Mandaten (bisher 3), die Deutsche Volkspartei 11 625 Stimmen mit 20 Mandaten (17), die Demokraten 2817 mit 5 Mandaten (11), die Kommunisten 1914 Stimmen mit 3 Mandaten (0), das Zentrum 2104 Stimmen mit 3—4 Mandaten (4), die Mittelpartei 355 Stimmen mit 1 Mandat (0), die Handwerkervereinigung 1955 Stimmen mit 4 Sitzen (4), die Sozialdemokraten 11 333 Stimmen mit 20 Sitzen (gemeinsam mit den Unabhängigen bisher 19).

Mainz, 20. November. (LU.) Deutsche Volkspartei 3648, Demokraten 3196, Deutschnationale 2402, Zentrum 10 638, Sozialdemokraten 15 281, Kommunisten 1446, Wirtschaftliche Vereinigung 1135.

Spaltung der bayerischen Mittelpartei.

München, den 20. November.

Auf dem in Nürnberg abgehaltenen außerordentlichen Parteitag der bayerischen Mittelpartei ist es zur Spaltung der Partei gekommen. Die Gruppe Eylander hat sich mit der Parteileitung nicht einigen können. Infolgedessen werden die Anhänger der Richtung Eylander in München und die übrigen in Südbayern sich zu einer eigenen Organisation zusammenschließen, wie es die Deutschpolitischen, Sondergruppe der Deutschnationalen, im Reich bereits getan haben.

Bayerische Hag.

Charakteristisch für die Methoden, mit denen in Bayern die Kommunistengefahr in Nordbayern und besonders in Preußen aufgebaut wird, sind einige Notizen der „München-Augsburger Abendzeitung“ vom 16. und 17. November, die davon sprechen, daß die kommunistische Aufrührerbewegung im Rheinland sich auch auf die Oligarchie des Reiches auszudehnen beginnt und auch auf Mitteldeutschland übergreifen habe. Ferner meldet die „München-Augsburger Abendzeitung“, daß die Pläne der Kommunisten auf eine Ausbreitung der Unruhen über Stuttgart nach Süddeutschland hinausgehen. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man alle diese Meldungen als Mittel ansieht, um die Stimmung gegen das angeblich kommunistisch verführte Preußen in Bayern weiter zu schüren.

Zum Stinnes-Stundentag.

Stinnes und sein Gefolge wollen sich nicht länger mehr mit der Kritik des „schematischen“ Achtstundentages abgeben, sondern sie gehen auf ganze und wollen den Zehnstundentag diskutieren. Es fehlt nur noch der bayrische Minister als Vollstrecker des Willens des Unternehmertums, von Stinnes bis herunter zum letzten Handwerkslehrlingshalter. Gegen diese Einstellung ist eigentlich jeder Disput überflüssig. Nicht die Logik, die Macht soll entscheiden. Das bedeutet für die gesamte Arbeiterschaft eine ernste Mahnung zur Einigkeit in diesem Punkte, zur Bereitschaft und geschlossenen Abwehr.

Wir müssen uns klar machen, wie es mit unserem Achtstundentage eigentlich steht, und wie es mit einem Zehnstundentag um uns bestellt wäre. Haben wir etwa acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung und acht Stunden Schlaf? Mag in manchen oder vielen Fällen der Weg von und zur Arbeit nur kurz sein. In den weitaus meisten Fällen aber, in den Großstädten sowohl wie in Kleinstädten und Landorten, sind Wege zur Arbeit zu Fuß oder mit der Bahn bis zu je einer Stunde und länger zurückzulegen. Aus acht Stunden werden damit allein schon zehn und mehr Stunden. Die achtstündige Arbeitszeit wird ohne Pausen berechnet. Bei ungeleiteter, der sogenannten englischen Arbeitszeit, geht es nun einmal nicht ohne Erspausen. In der Regel wird deshalb die Arbeitszeit durch zwei gleich oder ungleich lange Pausen unterbrochen, von insgesamt einer Stunde. Damit beträgt der Aufenthalt an der Arbeitsstätte nicht acht, sondern neun Stunden. Hinzu kommt die Zeit für die Arbeitswege, so daß es sich insgesamt nicht um acht Stunden, sondern um zehn, elf und mehr Stunden handelt, soweit nicht die eine oder andere Ueberstunde noch hinzukommt.

In kleineren Orten und Betrieben, wo längere Wege von und zur Arbeitsstätte nicht zurückzulegen sind, besteht teilweise noch die durch eine längere Mittagspause geteilte Arbeitszeit. Sie bietet dem Arbeiter zwar die Annehmlichkeit, mittags zum Essen nach Hause zu gehen, allein sein Arbeitstag wird dabei nicht wesentlich kürzer als der der Arbeiter anderswo.

Auch in den Ladengeschäften und Ladengewerben besteht vielfach noch die geteilte Arbeitszeit, die durch eine anderthalb- bis zweieinhalbstündige Mittagspause getrennt wird und von 8 oder 9 Uhr morgens bis 6 oder 7 Uhr abends währt, wozu dann noch die Wege von und zur Arbeit hinzukommen, die in diesen Fällen je zweimal täglich zurückzulegen sind.

Bei sachlicher Beurteilung der Dauer des Arbeitstages muß außer der reinen Arbeitszeit die gesamte zu ihrer Bewältigung mit erforderlicher Zeit in Rechnung gestellt werden. Der Arbeiter geht oder fährt zur Arbeit und von der Arbeit nicht zu seinem Privatvergnügen, noch steht es in seinem Belieben, diese Wege zu machen oder nicht. Der dazu erforderliche Zeitaufwand geht nicht deshalb auf Rechnung der Erholungszeit des Arbeiters, weil ihm diese Zeit nicht bezahlt wird, er zählt vielmehr mit zum Arbeitstag. Berechnen wir für Schlaf samt der Zeit zum An- und Auskleiden acht Stunden, dann bleiben dem Arbeiter insgesamt etwa fünf Stunden durchschnittlich vom Tage. Sie dienen zur Einnahme der Hauptmahlzeit, wie zur Beforgung seiner persönlichen, häuslichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten: Bestellung des Gartenpachtlandes, Tätigkeit im Dienste der Gemeinschaft, der Partei, der Konsumgenossenschaft, der sozialen Fürsorge, im Betriebs-, Mieters-, Elternbeirat, Mitwirkung im Gesangs- oder Turnverein Teilnahme an Unterrichtskursen, Vorträgen usw. Die Unternehmer bewerten ihre Beratungen, die während der Arbeitszeit der Arbeitnehmer stattfinden, als ihre „Arbeitszeit“, während der Arbeiter die für ihn für Beratungen notwendige Zeit als einen Teil seiner Erholungszeit ansehen soll. Es sei unumwunden zugegeben, daß ebensowenig wie viele Unternehmer ihre Betriebe noch immer nicht recht auf einen achtstündigen Gang eingestellt haben, es leidet auch noch der Arbeiter nicht eingestelltem, das heißt, ihre vermehrte Freiheit noch nicht recht zu nützen wissen und sich auch den Anforderungen an ihre Mitarbeit im Dienste der Allgemeinheit und des Gemeinwohls entziehen. Das ändert sich allmählich, zumal immer mehr Kräfte gebraucht und herangezogen werden und Gelegenheit zur Schulung und Weiterbildung gegeben wird. Daß überdies auch dem Arbeiter eine Stunde zur Geselligkeit bleiben muß, ist selbstverständlich.

Gewisse Schichten des Unternehmertums, das angeblich „im Interesse der Besserung unserer allgemeinen Wirtschaftslage“ vermehrte Produktion fordert, scheinen in dem Arbeiter immer noch nicht den Menschen und Staatsbürger zu achten, sondern in ihm lediglich ein Objekt ihres Profitstrebens zu sehen, das einzig und allein fronen und seine Arbeitskraft rein animalisch zu reproduzieren hat. Wenn tatsächlich die Arbeitsfreudigkeit nicht immer und überall so groß sein sollte, wie unter günstigeren Ernährungs- und Lebensverhältnissen, so liegt das eben an der ständigen Ungewißheit und Sorge um den Reallohn, der bei den fast tagtäglich mit dem Dollar steigenden, weniger rasch aber mit ihm wieder fallenden Preisen weiter an Wert verliert, die Arbeiterschaft aus der Erregung von der einen zur anderen Lohnbewegung nicht mehr herauskommen läßt. Bei längerer Arbeitszeit müßte dann die ohne Berücksichtigung der nachteiligen Ursachen erhobene Klage noch stärker werden.

Die ganze jahrzehntlang betriebene mühevoll gewertungsschäftliche Kulturarbeit würde durch die Verlängerung der Arbeitszeit vernichtet, der deutsche Arbeiter wieder auf das frühere Niveau zurückgedrängt werden. Die Frage nach der Verlängerung des Arbeitstages ist nichts Geringeres als die Frage eines niedrigeren Grades unseres Menschentums. Vermehrte Produktion gewiß, doch nicht lediglich auf Kosten der Arbeiter, nicht um den Preis unseres Kulturlebens.

Wir wissen, daß sich hinter all den Deklamationen gegen den mit Zustimmung des Unternehmertums eingeführten Achtstundentag, hinter der Forderung des Zehn-, Zwölf- und Dreizehnstundentages lediglich die Absicht verbirgt, um den gleichen Preis des heutigen abfolut unzulänglichen Existenzminimums mehr unbezahlte Arbeitsleistungen, mehr Profit zu gewinnen. Gegen diese Absichten wird die Arbeiterschaft einmütigen und entschlossenen Widerstand leisten.

Volkswirtschaft.

Das Existenzminimum in der ersten Novemberhälfte 1922.

Von Dr. R. Kuczynski.

(Nachdruck verboten.)

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Novemberhälfte anderthalbmal so hoch wie in der zweiten Oktoberhälfte, reichlich doppelt so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, annähernd 3mal so hoch wie im September, etwa 4 1/2mal so hoch wie im August, etwa 7 1/2mal so hoch wie im Juli und etwa 26mal so hoch wie im November 1921.

Rationiertes Brot kostete 217mal soviel wie vor neun Jahren, Kartoffeln 312mal soviel, Zucker 409mal soviel, Milch 465mal soviel, Butter 512mal soviel, Bohnen 750mal soviel, Graupen 800mal soviel, Reis 818mal soviel, Margarine 875mal soviel, Speck 980mal soviel, Erbsen 990mal soviel, Brot im freien Handel 1071mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	2372	3996	5321
Wohnung	72	72	72
Heizung und Beleuchtung	885	885	885
Bekleidung	1597	2661	3726
Sonstiges	1608	2496	3284

1. Novemberhälfte 1922	6484	10050	13238
2. Oktoberhälfte 1922	4269	6754	8871
1. Dittobberhälfte 1922	2998	4631	6136
September 1922	2319	3552	4714
August 1922	1393	2203	2958
Juli 1922	829	1298	1763
November 1921	244	378	509
November 1920	153	228	316
Aug. 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst in der ersten Novemberhälfte 1922 für einen alleinstehenden Mann 1081 M., für ein kinderloses Ehepaar 1677 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6-10 Jahren 2206 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 338 250 M., für das kinderlose Ehepaar 524 800 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 690 600 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur ersten Novemberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 6484 M., d. h. auf das 387,1fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 10 060 M., d. h. auf das 451,1fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 13 238 M., d. h. auf das 459,7fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der ersten Novemberhälfte etwa 1/4 Pfennig wert.

Fingerzeige für die Verbilligung der Baustoffe.

Vom 1. Juli 1914 bis zum 1. Oktober 1922 waren nach den Berechnungen des Verbandes sozialer Baubetriebe die Preise für die hauptsächlichsten Baustoffe einer Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche von 1668 M. auf 672 406 M. oder um rund das 403fache gestiegen. In der gleichen Zeit stiegen die Lohnausgaben für eine solche Wohnung von 2702 M. auf 399 789 M., also um rund das 146fache. Während in Goldmark umgerechnet die

Lohnausgaben um 41 Prozent zurückgingen, sind die Baustoffpreise um rund 70 Prozent über den Goldmarkpreis der Vorkriegszeit hinaus gestiegen. Diese Tatsache zeigt schlagend, wie notwendig es ist, dem Wucher mit Baustoffen Einhalt zu gebieten.

Einen Fingerzeig, wie dies geschehen kann, gibt der Bauhüttenbetriebsverband Schlesiens, eine Tochtergesellschaft des Verbandes sozialer Baubetriebe. Er hat im Frühjahr 1921 von der Provinz Schlesiens eine stillgelegte Ziegelei für ein Pachtgeld von 10 Prozent des jeweiligen Ziegelpreises gepachtet und konnte im Jahre 1921 noch 2 1/2 Millionen Ziegelsteine auf den Markt werfen, die er durchweg um 15 Prozent unter dem von den Ringziegeleien festgesetzten Preise verkaufte. Im September dieses Jahres verkaufte er das Tausend Ziegelsteine für 4500 M., während die Ringziegeleien bereits 5500 bis 6000 M., also mindestens 1 M. für jeden Ziegelstein mehr forderten. Eine zweite Ziegelei pachtete der Bauhüttenbetriebsverband Schlesiens von der Stadt Grünberg auf 10 Jahre, und zwar ebenfalls für einen Pachtzins von 10 Proz. des Verkaufspreises. Die Stadt Grünberg selbst hatte die Ziegelei, die vollkommen heruntergewirtschaftet war, im Herbst 1921 von einem Privatmann für 360 000 M. erworben. In diesem Falle konnte der Bauhüttenbetriebsverband das Tausend Ziegelsteine im September 1922 für 5000 M. verkaufen, während die Ziegeleivereinigung 6500 M. verlangte und auch bekam. Der Bauhüttenbetriebsverband gibt in einer interessanten Aufstellung seine Kalkulationsgrundlagen und seine Produktionskosten bekannt, woraus sich ergibt, daß er nicht nur sein Betriebskapital ordnungsmäßig verzinst und ausreichende Abschreibungen vorzunehmen, sondern trotz des um 15-20 Prozent niedrigeren Verkaufspreises auch noch einen ansehnlichen Geschäftsgewinn gehabt hat. Die Stadt Grünberg bekommt durch die Pachttumme eines Jahres die Kaufkosten der Ziegelei vollkommen herein.

In der Provinz Schlesiens werden jährlich etwa 90 Millionen Ziegelsteine produziert. Würde durch wirtschaftliche Arbeit und durch die Ausschaltung übermäßiger Gewinne jeder Stein um 1 M. billiger verkauft, so ergäbe dies allein für Ziegelsteine in der Provinz Schlesiens ein Ersparnis von jährlich 90 Millionen Mark. Auf ganz Deutschland und auch auf andere Baustoffe umgerechnet, kämen Ersparnisse von vielen Milliarden Mark heraus. Für die Gemeinden, Kreise, Provinzen usw. sind dies Hinweise, wie man durch praktische Maßnahmen zur Senkung der Baustoffpreise beitragen kann.

Devisen-Kurse.

Berlin, 21. November.

Amthliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		20. November.	18. November.
Amsterdam	1 fl.	2643,37	2748,12
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	441,39	458,85
Kristiania	1 Kr.	1296,90	1271,80
Kopenhagen	1 Kr.	1856,60	1411,45
Stockholm	1 Kr.	1795,50	1875,30
Helsingfors	1 finn. Mk.	172,06	175,56
Rom	1 Lire	808,32	826,18
London	1 £	30124,75	31171,87
New York	1 Doll.	6758,06	6982,50
Paris	1 Frs.	473,61	498,75
Zürich	1 Frs.	1299,39	1294,25
Madrid	1 Pesetas	1024,93	1067,32
Wien	100 Kr.	9,32	9,27
Prag	1 Kr.	—	223,44
Budapest	100 Kr.	2,74	2,84

Spätinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es war ein langweiliger Abend für ihn gewesen. Nach dem Abendbrot war er zu Be Kühl auf den Tanzboden gegangen. Er war über die Diele geschlendert und hatte ein paar mal getanzt. Als ihn dann eine dicke, blonde Dienstherrin mit wasserblauen Augen, eine, mit der er früher mal zum Winken gegangen war, verliebt ansah, erfaßte ihn plötzlich ein Stel. Er ging fort in den Kirchspieltrug und trank ein Bier und einen Kummel.

Im Krug war er der einzige Gast und Frie Krüger, der Wirt, der gerade ein bißchen mit seiner Frau über die Femmen papieren wollte, verbarz nicht seinen Mißmut über den unwillkommenen Gast. Er steckte die Hände in die Hosentaschen, kaufte einen Bier und sah dabei aus dem Fenster mit einem Gesicht, wie „drei Tage Regenwetter“.

Nachdem alle Bemühungen Faks, den Wirt umzustimmen, gescheitert waren, trank er keine beiden Gläser leer, legte anderthalb Groschen auf die Tonband und sagte „Adjis!“ Da klärte sich Frie Krügers Gesicht auf, als wäre es die liebe Sonne selbst; flint fuhr er in seine Pantoffeln und rief dem Davongehenden nach: „Komm bald mal wieder!“

Fak ging die Straße entlang, hinaus auf die Femmen. Als er an des Kantors Garten vorbeikommt, sah er Jan, der dort fast jeden Sonntagabend zubrachte. Die Kantorkinder spielten „Was magst Speck“ — Jan und Frauke spielten auch mit, und der Kantor sah mit seiner Frau in der Laube nebenan, rauchte die lange Pfeife und schaute vergnügt zu. Jan machte lange, unbeholfene Schritte. Frauke sah rosa und lieblich aus. Ihr blaues Kleid klatterte; sie trug selbst im reichsten Laufe das helle Köpfchen hoch und aufrecht. Fak sah durch den Laubengang. „Dummes Zeug“ murmelte er im Weitergehen, und hinterher: „Der bößige Jung!“

Er war in sehr schlechter Laune, und dabei empfand er ein heftiges sinnliches Sehnen nach Tine.

Mit diesem Gefühl schritt er durch die Femmen und blieb schließlich am Hecker stehen, wo Tine ihn sah.

Einen Augenblick stand er noch, nachdem sie vorüber war. Er lächelte vor sich hin, tat einen Pfiff durch die Zähne und ging langsam nach.

Er trat durch die Hofür hinein und ging an der Küche vorbei. Dort stand Tine, einen kleinen Petroleumkessel in der Hand, am Herd, um die Topfbrat für die Nacht in die Küche ein-

zubetten. Sie hatte ihr Sonntagsgewand abgelegt und stand da im Korsett und Unterrock mit bloßen Armen. Sie hielt das Lämpchen hoch, und die kleine Flamme warf einen hellen Schein auf ihre weiße Schulter.

Jetzt war sie fertig und drehte sich um. Da stand Fak plötzlich ganz dicht vor ihr und sah sie an.

Dem Mädchen war es, als ob aus ihrem Herzen eine Flamme emporschlug bis in ihr Antlitz hinein. Halb umgewendet stand sie und sah ihn wieder an, so wie er sie anblinzelte, so fest, so brennend.

Tine jubte nicht mit der Wimper; sie sagte nicht auf. Wenn sie geschrien hätte, dann wäre er wohl im nächsten Augenblick mit zurückgeworfenem Kopfe über die Diele gegangen. Keinen Laut gab das Mädchen von sich, und Fak trat einen Schritt näher und noch einen. Tine wich ebenso langsam Schritt für Schritt zurück. Noch immer tauchten ihre Blicke hörend und glühend ineinander; die des Mannes voll Begehrens, voll wilder Sinnelust, die des Mädchens ahnungsvoll fragend, flehend.

Immer weiter drängte er sie zurück; bis sie in dem äußersten Winkel der Küche stand. Da legte sie die Hände kreuzweise, wie zum Schutz, über ihre Brust und erwartete ihr Schicksal.

„Tine!“ sagte der Mann mit leiser, tiefer Stimme. Er umfaßte sie mit seinen starken Armen und preßte sie an sich. Ein Schauer überriefte sie. Ein Ton wie ein Schluchzen drang aus ihrem Munde. Er erstarrte diesen mit brutalen Liebköungen, und willenlos gab sich das Mädchen dem Manne zu eigen. Der nahm sie in seine starken Arme und trug sie in ihre Kammer.

Auf dem Küchentisch stand noch stundenlang das Pflanzlämpchen; es flackerte und dunkelte, allmählich wurde das Flämmchen kleiner und verschwand.

Am andern Morgen beim Kaffee sagte Jan zu dem Bruder: „Bei Be Kühl war wohl gestern viel los? Die Uhr war ja schon nach drei, als du zu Hause kamst.“

Fak blinzelte mißtrauisch auf, aber Jan sah treuherzig und harmlos aus. Tine neigte sich tief über ihre Schwarzbroschnitte; ihr Gesicht war flammend rot geworden. . . .

Es folgte für Tine eine seltsame und doch unseltsame Zeit. Eine Zeit voll Leid und Lust, voll Unruhe und Bangen. Ihr Herz war voll heißer, heraufschender Liebe. Ihre Nerven vibrierten vor Leidenschaft. In ihrem Köpfchen aber, in das so wenig Weltlichkeit gepflanzt worden war, spukten die alten Gedanken von Zauberei und dunklen Mächten. Immer wieder sagte sie zu sich selbst: „Er hat mich beheit“. Dann schlug sie wohl die Hände vors Gesicht und weinte.

Im Hause merkte niemand etwas von der Veränderung, die in dem Versteck zwischen Fak und Tine vor sich gegangen war.

Tine war jetzt Fak gegenüber womöglich noch schüner als zuvor. Mit niedergebückten Augen sah sie am Tisch.

Fak war auch keineswegs sanfter und liebevoller gegen das Mädchen als früher. Wenn er sie in den Arm kniff, daß es ihr wehtat, und ihr dazu ins Ohr raunte: „Dößige Deern!“ so war das nur eine seiner kleinen Zärtlichkeiten.

Die Tage vergingen wie im Rauch. Sie sah nicht, wie draußen die März im Sommerglanz erblühte. Sie hörte nicht das gewohnheitsmäßige Keifen der alten Mamsell, sie sah nur Fak, hörte nur seine Stimme, sie erschauerte, wenn sie an ihn dachte.

Einmal lang sie bei ihrer Arbeit, während sie die Mühlbütten schauerte, mechanisch vor sich hin. Es war ein gedankenloses Sinnen mit halber Stimme, und es waren meist wieder schwerwärtiger Natur, die sie lang. Viele Male hatte sie dies Lied gefungen. Als sie jetzt aber sang: „Es war einmal ein Mädchen, die hatte zwei Bräutigam“ — hielt sie erschrocken inne. Nach dem Anfang fiel ihr gleich der Schluß ein: „Der Teufel hat sie geholet am Hochzeitstag.“

Sie schüttelte den Kopf und fing ein anderes Lied an, das frischer und fröhlicher klang: „Es wollt' ein Mädchen früh aufstehn, drei Viertelstund' vor Tag.“ Sie sang auch den zweiten Vers: „Und als sie in dem Walde kam, begegnet ihr des Jägers Sohn.“ Der dritte Vers folgte, dann der vierte. Als sie aber an die Stelle kam: „Es währte nur dreiviertel Jahr“, hielt sie ein Kind im Schoß — da wurde Tine blaß; sie brach ab und arbeitete schweigend weiter. Seitdem unterdrückte sie die Lust zum Singen, so oft auch die alte Gewohnheit sie dazu verleiten wollte.

Immer größer wurde die Macht, die Fak über das wehrlose Mädchen gewann. Niemand warnte sie, niemand zeigte ihr den Abgrund, an dessen Rande sie entlangging.

Eines Tages sah Jan Fak und Tine dicht nebeneinander stehen. Näher, als es sich für Herrn und Dienstmagd ziemen mochte. Da durchfuhr ihn der Gedanke: „Sollte es etwas sein zwischen Fak und Tine?“ Er nahm sich vor, das Mädchen zu warnen, sie dünkte ihm viel zu gut, um das Opfer Faks zu werden.

Gerade in diesem Augenblick stampfte Fak mit dem Fuße auf und schalt das Mädchen mit heftigen tohen Worten. Scheu und schnell eilte sie davon. An der Stalltür traf sie mit Jan zusammen. Er sah, wie ihre Augen voll Tränen waren, wie ihre Lippen bebte. „Als sie ihn sah und sich zu einem Lächeln zwang, schnitt es ihm ins Herz.“

„Kümmere dich nicht“, sagte er, „Fak meinte es nicht böse, er hat so 'ne rauhe Natur.“

Fortsetzung folgt.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 21. November.

Aus der Bürgerschaft.

Im Rathaus ging es am Montag recht lebhaft her. Über trotzdem späte Pfeile herüber und hinüber kaulten und Fragen von größter Bedeutung gestreift wurden, kam es doch seit langer Zeit wieder einmal zur Erledigung sämtlicher Tagesordnungspunkte. Freilich, ein Teil davon wird Kommissionen überlassen, die sich bei der Wichtigkeit der Vorlagen über zu wenig Arbeit nicht zu beklagen haben werden. Da ist einmal das Beamten-Gesetz zum Schutze der Republik, das deutschnationalen Geschmack durchaus widerspricht. Soll es doch gerade den Schildknappen konservativer Herrenmenschen zeigen, daß sich ein neuer Staat zwar viel gefallen lassen kann, aber nicht alles gefallen zu lassen braucht. Nach den wenigen Beispielen, die Genosse Brehmer anführte und die wir vermehren könnten, scheint doch noch manche Monarchistenseele reparaturbedürftig zu sein. Konsequent waren die Deutschnationalen in der Ablehnung. Die Volksparteiler haben sich mit der Republik — wie sie sie auffassen — abgefunden. Etwas schmolgend allerdings. Die Kommission wird noch einige Unebenheiten glätten.

Sehr, sehr sonderbare Ansichten vertrat bei einer anderen Gelegenheit Herr Senator Dr. Vermehren bei Beantwortung einer Anfrage des Genossen Dr. Pict. Gerhart-Hauptmanns-Freier in den Schulen? Geschmackssache, relativer Begriff ethischer Erziehungsmethode. Aber ständige Anbetung eines pikelhaubenbeschwerten Afrika-Kriegers: selbstverständlich. Unser Fraktionsredner zergliederte diese eigenartige Umwertung aller Werte, bog die Helmspitze um und stellte den Mitorganisator des Rapp-Bußches nach und mehr als Staatsverbrecher auf das Senatspult. Denn hinter diesem sitzen zu weißen Herrschaften, denen eine Fata morgana unter den Augenbrauen zu blinzeln scheint. — Sein literarisches Schatzbüchlein zog Herr Rechtsanwalt Evers vor volksparteilichen Busen. Ei der Tausend, was da verzeichnet war: Hauptmann, der Gerhart, den reklamieren ja die Sozis. Deshalb schweigt ihn tot in den Schulen, wenn schon ihr seine Ideen nicht todschlagen könnt! Stolz wie eine Lilie im ersten Frühlingkleide trat Fräulein Koltze auf. Als Vertreterin der ältesten Erziehungsmethode nettete sie gegen unsere Genossen und die Kommunisten. Beifallwütig lobte die Rechte zu diesem Bekenntnis einer schönen Seele, die nur ein einziges todwundenes Erlebnis erlitten: die Revolution. Eine Neuferung des Genossen Passarge über unnötige Prügelei in der Schule erzürnte die Dame, die auch von uns verurteilt wisse. Hege der Kommunisten ließ sie wütend und lichterloh entflammen.

Bei diesem Vorfall wurde das Würtchen System angegriffen. Es wurde bei dem Antrag über die Abgaben zur Deckung der Kosten für das Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen zwar nicht erwähnt, aber es lebt wirklich in den Reihen der Rechten des Hauses. Sobald die Sozialdemokratie praktische Arbeit leistet und das ungeheure Staatsdefizit zu mindern trachtet, spukt es rechts. Die Aufbauparteien überlassen konsequent den Sozialdemokraten die Bewilligung der Einnahmen. Dann stehen sie rein da und können ihren Wählern vorfunkeln was sie wollen. Wenn sich schon Arbeitsgemeinschaftler wie Herr Hesti liebensvoll der Steuerzahler im allgemeinen und der Mieter im besonderen erbarmen, dann kann sich jeder den Kopf waschen. Er wird aber bald merken, daß ein Stein die Haut reißt, wie — die Leute behaupten es — ein gewisser Siegelring auf den Köpfchen armer Schulknaben. Die Hausbesitzer sind Gegner der Abgaben zu Lasten der Mieter und Grundstücksinhaber, weil sie befürchten, daß durch deren Erhöhung eine Schmälerung ihrer Mietforderungen eintreten könnte. Ja, wenn der Mietzins erst nach dem Einkommen festgelegt werden kann — wie Herr Hesti wünscht — dann, so folgert Herr Evers weiter, können die Gemeindefiskalen in die Miete eingeschlossen werden und keiner merkt etwas. Sonderbare Logik!

Genossenschaftsfeindliche Vorstöße versuchten die Handwerksmeister wieder einmal bei dem Antrag über Loslösung des Verdingungsamtes von der Baubehörde, wobei Herr Rosenquist nach alter Manier erfolglos sein harmloses Gift versprühte. Sein Fraktionsbruder Herr Pape hielt sich mit volksparteilicher Unterstützung über die Diäten der Bürgergeschäftsmitglieder auf. Erinnerungswürdig wäre noch der vom Genossen Göhr gegebene Kommissionsbericht über die Baderhältnisse Lübecks. Ratlos steht der Ausschuß den Lübecker Warmbadeeinrichtungen gegenüber. Es gibt kaum eine Stadt von der Größe und Bedeutung Lübecks, die derartig trostlose Zustände aufweist — durch die Schuld der seligen Vaterländischen und des Hohen Senates, die sich im Besitze unumschränkter Macht über Volkswirtschaften lächelnd hinwegsetzen oder eigenförmig auf Kleinigkeiten versteifen. Das war die großzügige Hansentatpolitik, auf deren weitem Lorbeerstrang heute die Epigonen trauern.

Während der eigentlichen Bürgerschaftssitzung veranfalteten die Kommunisten eine Sondertagung, bei der Herr Kidel den Wortführer markierte. An Zwischenrufen mitunter recht unparlamentarischer Art mangelte es in der vierstündigen Sitzung nicht.

Statistischer Monatsbericht über Lübeck für Oktober 1922.

Die Bevölkerung der Stadt Lübeck betrug nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamtes Ende Oktober 122903. Gegen den Vormonat sind das 529 und gegenüber dem Vorjahre 2070 Personen mehr. Der Geburtenüberschuß ist weiter zurückgegangen: er belief sich auf nur 14 gegen 58 im Vormonat, 101 im August und 89 im Oktober vorigen Jahres. Die Wanderungsbewegung brachte dagegen bei 1861 Zu- und 1346 Weggezogenen einen Zuwachs von 515 Personen. Ehen wurden 143 geschlossen, fast die gleiche Zahl wie im Vormonat (148). Zum wiederholten Male heirateten 23 Männer und 15 Frauen. Die Zahl der Geborenen ist einschließlich der Totgeborenen war mit 152 (83 Knaben und 69 Mädchen) erheblich geringer als im Vormonat (220) und auch niedriger als im Vorjahre (177). Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Geburtenziffer (14,8) blieb infolgedessen um 7,0 hinter der vom September und um 2,8 hinter der vorjährigen zurück. Unter den Geborenen waren 15 oder 9,9 Proz. unehelich und 6 oder 3,9 Proz. tot. Geborenen sind 132 Personen und zwar 58 männliche und 74 weibliche, im Vormonat 124 und im Vorjahre 115. Von den Gestorbenen waren 25 oder 19,0 Proz. (1921: 28,2 Proz.) unter 15 Jahre

und 60 oder 45,5 Proz. (32,3 Proz.) über 60 Jahre alt. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) belief sich auf 12,9 gegen 12,3 im Vormonat und 11,3 im vorigen Oktober. Von den im ersten Lebensjahr stehenden Kindern starben 22, hierunter an angeborener Lebensschwäche 7, an Infektionskrankheiten und an Lungenerkrankung 3 und durch Verunglückung 2. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbeziffer betrug 109,1 (107,3). Todesursache war 23mal Krankheiten der Kreislauforgane, 17mal Altersschwäche, 15mal Lungentuberkulose, je 11mal Lungenerkrankung und Krebs. Gewalttätigen Todes starben 8 Personen und zwar je 3 durch Mord und Verunglückung und 2 durch Selbstmord.

Lübeck an der Spitze der teuersten Städte

ergibt von neuem das soeben erscheinende Oktoberheft von Richard Calwers „Lebensmittelpreis-Überblick“. Während der Reichsdurchschnitt für die „große Ration“ 6432,89 Mk., für die „kleine Ration“ 1876,33 Mk., im Durchschnitt 4154,88 Mk. für eine vierköpfige Familie pro Woche beträgt, beziffert Lübeck für die „große Ration“ 7114,62 Mk., für die „kleine Ration“ 2021,30 Mk. und im Durchschnitt 4546,96 Mk. pro Woche. Bremens Ziffer schwankt wenige Mark höher und niedriger während Hamburg 6651,72 Mk. große, 1871,70 Mk. kleine und 4261,71 Mk. Durchschnittspreise berichtet. Berlin berechnet „große Ration“ 6567,96, „kleine Ration“ 1946,30 Mk. und 4257,13 Mark im Durchschnitt. Von dem teuren Sachjen berichten Dresden: 5974,50 Mk. große, 1683,25 Mk. kleine, 3828,87 Mk. Durchschnittsration, Chemnitz: 8501,40 Mk. große, 2156,85 Mk. kleine, 5329,12 Mk. Durchschnitt. In der Südwestecke haben Karlsruhe 6758,65 Mk. große, 1780,75 Mk. kleine, 4269,65 Mk. im Durchschnitt aufzuweisen. Konstanz und Mannheim sind 500 Mk. höher und niedriger. Vom Rheinland meldet Aachen 8123,62 Mk. große, 2773,50 Mk. kleine und 5298,66 Durchschnittspreise, während Saarbrücken im Oktober 14 626,50 Mk. für die große, 4104,25 Mk. für die kleine und 9365,37 Mk. für die Durchschnittsration aufbringen mußte. Letzteres ist auf die Frankfurter Währung zurückzuführen, die gleichzeitig dort kursiert. Wie ein Märchen liest man die Ziffern von 1914: 24,73 Mk. große, 6,89 Mk. kleine, 15,81 Mk. Durchschnittsziffer. Und die oben angeführten Preise galten vor einem Monat. Inzwischen schneit die Indeziffer höher, höher, höher, bis der Bogen einmal zum Zeilpringen kommt. mb.

Wichtig für Fernsprechnutzer. Die Fernsprechnutzer werden vom 1. Dezember ab verdoppelt mit der Einschränkung, daß die Erhöhung für die vierteljährlich im voraus fälligen laufenden Gebühren (Grundgebühren für Hauptanschlüsse, Gebühren für Nebenschlüsse, Querverbindungen, Anschlußdolen und Zusatzgeräten), die Zuschläge für Leitungsverbindungen außerhalb des Fünftelkreislaufes) erst mit dem 1. Januar 1923 in Kraft tritt. Hiernach beträgt die Gebühr für ein Ortsgespräch vom 1. Dezember ab 3,50 Mk. Die Teilnehmer sind berechtigt, ihre Fernsprecheinrichtungen bis zum 25. November auf den 30. November d. J. oder bis zum 25. Dezember auf den 31. Dezember d. J. zu kündigen. Das gleiche Recht haben die Inhaber von Nebentelegraphen oder besonderen Ferngraphen. Die Kündigungen sind schriftlich an das zuständige Fernsprechnetzamt zu richten.

Ein Ratgeber für die Bücherkäufer unserer Arbeiterkellern. Unter dem Titel „Gute und billige Jugendbücherei“, ein Ratgeber fürs Arbeiterhaus“ hat der Zentralbildungsausschuss wie im Vorjahre ein Verzeichnis empfehlenswerter Jugendbücherei herausgegeben, das den Arbeiterkellern bei der Auswahl von Bilderbüchern und Jugendbüchern gute Dienste leisten wird. Das Verzeichnis ist nach Altersstufen gegliedert, die einzelnen Bücher sind mit kurzen Charakteristiken über Wert und Inhalt versehen, so daß das Urteil über die Bücher dadurch sehr erleichtert wird. Die Schrift ist bearbeitet von einer Kommission aus der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, 32 Seiten stark und kostet pro

Exemplar 10 Mk. Bestellungen und Geldsendungen sind zu richten an den Zentralbildungsausschuss der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (H. Weimann), Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Zentrale für private Fürsorge veranstaltet anschließend an die Sammlung zur Linderung winterlicher Not vom 4. Dezember an eine Ausstellung von Handarbeiten und Alttextilien. Die Firma Rudolf Karstadt stellt hierzu einen schönen Raum zur Verfügung und übernimmt auch die künstlerische und zweckmäßige Aufstellung und Anbringung der auszuzeigenden Sachen, die gewissenshaft von Sachverständigen taxiert werden sollen. Die Annahme der Ausstellungsgeschenke findet in der Zentrale, Haus 47 im Flügel, Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends nachmittags von 3—5 Uhr statt, bis einschl. 30. November. Freundschaft geschenkte Handarbeiten oder Alttextilien, von deren Erlös nachher bedürftige Alte unterstützt werden können, werden ebendasselbst gern entgegengenommen.

pb. Festgenommen wurde ein Monteur aus Kl.-Wesenberg, der einem hiesigen Tröbler 175 000 Mk. unterschlagen hatte.

pb. Ein gemeingefährlicher Dieb. Festgenommen wurde ein in der Fleischhauerstraße wohnender Posthilfsbeamter, der überführt und geständig ist, mehrfach Briefe, die vom Ausland kamen und in denen er Geld vermuten konnte, rechtswidrig geöffnet und beschlagnahmt zu haben.

pb. Diebstähle. Aus dem Stalle eines hiesigen Gutsbesizers wurden 10 Gänse und einem Barbier in der Fischergrube fünf Haarshneidemaschinen, eine Schere, zehn weiße Handtücher und 500 Mark in bar gestohlen. Aus einer Wohnung am Marquardtplatz wurde eine silberne Damenuhr, eine golddoublee Halskette, ein Taubenschein und zwei Portemonnaies mit Inhalt gestohlen. — Ein großer Kasten herren- und Damenwäsche wurde aus einem Keller in der Waisenhoffstraße gestohlen. — Ein Fahrrad, Marke „SM“, wurde von dem Kfz eines Geschäftshauses in der Mengstraße und ein solches, Marke „Standia“ wurde in der Gertrudenstraße gestohlen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

SPD-Metallarbeiter! Heute wichtige Fraktionsversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Verbandsbuch und Mitgliedsbuch der Partei müssen vorgezeigt werden. Der Fraktionsvorsitz.

Arztung, Betriebsräte! Arbeitsgemeinschaft Dreger! Der Unterricht am heutigen Dienstag fällt aus.

Jugendgruppe der F. d. M. Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus „Geselliger Abend“ unter Mitwirkung verschiedener Künstler des Hanftheaters. (9669)

Stadttheater. Mittwoch zum ersten Male Strindbergs Liebesmärchen: „Schwanenweiß“. Nach dieser Vorstellung letzte Nachtvorstellung der „Folslegende“.

Hansa-Theater. Heute, Dienstag: „Hol mich der Teufel“. Mittwoch geschlossen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Anschlag auf den D. Zug Hannover-Hamburg. In der vorletzten Nacht ist versucht worden, das Gleise Harburg-Lüneburg zwischen Winsen und Raddbruch im Walde bei Raddbruchfort zu zerstören, um den D-Zug 76 zur Entgleisung zu bringen. Die Täter hatten mit raffinierter Ueberlegung eine Schiene in der Kurve so nach innen geklemmt, daß eine Entgleisung unvermeidlich gewesen wäre, und zwar an einer Stelle, wo der Zug mit einer Geschwindigkeit von 90 Kilometern fährt. Durch Wachsamkeit des Streckenpersonals ist großes Unglück verhütet worden.

Seide (Holstein). Großfeuer durch Brandstiftung. In dem Hause des Amtsvorstehers Billerbeck in Weddingstedt rühtete man am Freitag abend zur Feier der Silbernen Hochzeit Abends gegen 9 Uhr wurde im hinteren Stallgebäude eine Fensterscheibe zertrümmert und die dort lagernden Futtermittel entzündet. Die Pferde und der umfangreiche Viehstapel konnten in Sicherheit gebracht werden. Gegen 60 Fuder Korn, Heu und Stroh brachten dem Feuer reichlich Nahrung. Der Schaden beziffert sich auf Millionen.

Lübecker Bürgerschaft.

h. Lübeck, 20. November.

Der Vorstand der kommunistischen Fraktion fragt den Senat, wie er sich zu dem beschlossenen Vortrag des Generals a. D. Goltz verhalte und fordert Auflösung des Vereins ehem. Baltikum- und Fremdenkämpfer. — Eingegangen ist eine Eingabe betreffend die Vorgänge in der 3. St.-Lorenz-Schule. Sie fordert strengste Bestrafung und Entlassung der vier in Frage kommenden Lehrer. — Der Wortführer gibt bekannt, daß der Einwand Dr. Lebers über Veränderungen im amtlichen Stenogramm auf einem Irrtum beruhe.

Erlaß eines dritten Nachtrages zum Gesetz vom 28. Januar 1914, die Rechtsverhältnisse der Beamten betreffend. — Die Kommunisten stellen einen Änderungsantrag, der öffentliches Verfahren fordert. Die Vorlage wird nach dem Ausschußantrag angenommen.

Erlaß von Nachträgen zu den Beamtengehältern auf Grund des Reichsgesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik. — Brehmer (Soz.) beantragt Ueberweisung an den Ausschuß zur Ueberwachung der in Lübeck geschaffenen Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Republik. Es seien in letzter Zeit Fälle vorgekommen, die erfaßt werden müßten. Eine Lehrerin schloß den Kaiser in das Gebet ein, ein Lehrer sagte zu den Schülern, er möchte mit ihnen Heil Dir im Siegerkranz singen, doch sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Auch die Eidesformel bedürfe der Korrektur. — Dr. v. Broden (Dn.) glaubt nicht, daß mit der Vorlage das Bestreben des Gesetzes erreicht wird. Obwohl es maßvoll gehalten sei, lehnten die Deutschnationalen die Vorlage ab, weil es sich um ein Ausnahmengesetz handle. — Heilborn (Komm.) fordert redaktionelle Veränderungen. Den Beamten müßten alle Bestrebungen unterlagert werden, die auf Erhaltung der Monarchie hinführen. Schon das erste Vergehen sei mit Dienstentlassung zu ahnden. — Dr. Gebhard (Dn.) ist bereit, die Senatsvorlage anzunehmen, da sie den Reichsrichtern entspreche. Die Ueberweisung an eine Kommission, die nur aus einer Partei bestünde, lehne seine Fraktion ab. Für die bestehende verfassungsmäßige Republik trete sie ein, nicht aber für jede Republik. Die Kommunisten wollten ein besonderes Recht zur Bekämpfung der Republik. — Haut (Soz.): Die Bürgerlichen Parteien wollten gar nicht in die Kommission eintreten. Herrn Brodens Bemerkung über die Ausnahmegerichte treffe das nicht. Die Sozialdemokratie habe kein besonderes Vergnügen an Ausnahmegerichten. Aber es sei hier doch ein Unterschied gegen früher, wo die letzte Annäherung an die Sozialdemokratie die

schwersten Folgen für die Beamten hatte. — Ambrosius (Dem.) schlägt für die Beratung des Gesetzes die Einlegung eines besonderen Ausschusses vor. — Dr. Gebhard (Dn.) rechtfertigt seinen früheren Standpunkt. Von seiner Fraktion sei kein Mitglied für den Ausschuß vorgesehen gewesen. — Der Antrag Ambrosius wird angenommen. — Die zu Beginn der Sitzung von den Kommunisten gestellte Anfrage findet nicht die nötige Unterstützung.

Neufestsetzung der Vergütung für Ueber-, Vertretungs- und Nebenstunden (Hilfsunterricht) an den öffentlichen Schulen. — Dr. Pict (Soz.) fragt die Oberschulbehörde, ob man sich in den Schulen mit dem Gedentage des großen Deutschen Dichters Gerhart Hauptmann erinnern habe. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dagegen prange im Wandelgange des Johanneums nach das Bild des Rapp-Bußches Lettow-Vorbed. — Passarge (Soz.) verurteilt scharf die Kuppelungen in der Broilingsschule, allwo häufig solche Fälle zu verzeichnen seien. Es scheine dort System in der Sache zu liegen. Die Oberschulbehörde müsse hier alles tun, um gründliche und schnelle Arbeit zu leisten. Vom Resultat der Untersuchung werde die sozialdemokratische Fraktion ihre Haltung abhängig machen. — Senator Dr. Vermehren: Die Oberschulbehörde habe keine Veranlassung gehabt, besondere Anweisungen für Gerhart-Hauptmann-Feiern zu geben. Daß das Bild des Afrika-Kämpfers Lettow-Vorbed im Johanneum hänge, sei durchaus gerechtfertigt. Die Vorkommnisse in der Broilingsschule bedauere die Oberschulbehörde. Die Sache wäre bereits entschieden, wenn die Eltern der Kinder nicht ein gerichtliches Verfahren eingeleitet hätten. Schläge sollten in der Schule möglichst vermieden werden. Zu verurteilen sei die Aufhebung der Kinder in der öffentlichen Versammlung. — Heilborn (Komm.) mündet sich gegen die Senatsäußerung über Lettow-Vorbed und verurteilt die Antwort über die Vorgänge in der Broilingsschule. Eine Verhütung der Kinder gabe nicht stattgefunden. Redner stellt den Antrag, gegen die herr. Lehrer ein Disziplinarverfahren einzuleiten und sie vorläufig vom Amte zu suspendieren. — Senator Dr. Vermehren verweist auf das gegen die Lehrer schwebende Strafverfahren. Ungerechtfertigt sei die Hinterrückziehung der Kinder zu der öffentlichen Versammlung. Sie seien aufgefordert worden, sich in keiner Weise mehr etwas von den Lehrern sagen zu lassen. Die Elternratsfrage werde dieser Tage erledigt. — Fr. Koltze (Dn.) vermahnt sich gegen die Äußerung, es liege System in der Prügelei. Auch die Kinder würden Veranlassung zu Strafen geben. Die Vorkommnisse

